



SERIE

Reichspräsident von Hindenburg 1927: „Ein Schutzgott des Volkes, herabgestiegen aus Walhall“

Warten auf Hitler

SPiegel-Redakteur Heinz Höhne über Deutschlands Weg in die Diktatur (III)

Der alte Mann bewegte sich schweratmend in seinem Sessel und erhob sich allmählich. Dem jüngeren Mann, der respektvoll von seinem Stuhl aufgestanden war, schien es, als wolle der Alte noch „etwas Schweres“ sagen. Doch Paul von Hindenburg hielt die Audienz für beendet.

Plötzlich ergriff er mit beiden Händen die Hand seines Besuchers, um sie minutenlang nicht mehr freizugeben. Dann sagte er doch noch etwas: „Alle haben mich im Leben verlassen. Sie müssen mir versprechen, mich am Ende meines Lebens nicht im Stich zu lassen.“

Das schien dem Besucher seltsam, war doch kein Deutscher in dieser Zeit mehr verehrt worden und populärer gewesen als er: Paul von Beneckendorff und von Hindenburg, 84 Jahre alt, Reichspräsident und Generalfeldmarschall, Sieger von Tannenberg und Deutschlands eigentlicher Regent im Ersten Weltkrieg, „einer der Schutzgötter des Volkes, her-



Hindenburg-Verehrer Brüning 1930
Rückkehr zur Monarchie erträumt

abgestiegen aus dem legendenumwobenen Walhall“, wie ein französischer Bewunderer formulierte.

Gewiß, die Polit-Strategen der Rechtsparteien hatten dem alten Mann schweres Unrecht angetan, als sie ihn im Jahr 1925 aus der wohlverdienten Pensionärsruhe aufgestört und als Präsidentschaftskandidaten der Rechten durchgepaukt hatten. Kein Soldat war weniger für einen politischen Posten geeignet als Hindenburg, der nie über den Horizont eines durchschnittlichen preußischen Offiziers des 19. Jahrhunderts hinausge-
langt war. Doch auch im Präsidentenpalais tat Hindenburg seine

Pflicht, wie er es nicht anders kannte: zuverlässig, nervenstark, wortkarg.

Ein solcher Mann von „allen“ verlassens? Den Besucher dünkte das unerklärlich, denn er wußte nicht, daß es noch einen anderen Hindenburg gab: den Gralshüter des eigenen Mythos, der kleinlich-pendantisches über seine Interessen wachte und der keine Bedenken gehabt hatte, sich von Unternehmern das einst den Hindenburgs gehörende Gut Neudeck in Ostpreußen einfach schenken zu lassen.

Dieser Hindenburg geriet oft in weinerliche Stimmung, in der er gern den Undank einer Welt bejammerte, die nun sogar schon an seinem militärischen Ruhmesschild kratzte. Dahinter steckte nicht selten der nichtsnutzige Oskar, der Sohn Hindenburgs, der im Präsidentenpalais Adjutantendienste leistete und seinen Vater häufig gegen angebliche Neider und Kritiker aufstachelte. Der dritte im Palast, Staatssekretär Otto Meißner, hatte dann oft Mühe, den alten Herrn wieder zu besänftigen.

Davon wußte der Besucher nichts. Er verbeugte sich leicht und sagte so feierlich, wie er nur konnte: „Sie können sich darauf verlassen, daß meine Freunde und ich das Staatsoberhaupt nicht im Stich lassen werden.“

Der Besucher war Heinrich Brüning und die Begegnung mit Hindenburg im Dezember 1929 so etwas wie ein Schlüsselerlebnis, das ihn Ende März 1930 trotz aller Bedenken bewog, Reichskanzler und Chef einer Regierung von Hindenburgs Gnaden zu werden.

Brüning war jedoch so sehr Politiker, um sich von seiner Verehrung für Hindenburg den Blick verstellen zu lassen. Er neigte ohnehin nicht zum Gefühlsüberschwang. Der Abkömmling einer alten Osnabrücker Patrizierfamilie, 1885 in Münster geboren, Sohn eines Essigfabrikanten, war ein eher grüblerischer Typ, mißtrauisch und öffentlichkeits-scheu, immer in Eile und auf Distanz zu den meisten Menschen.

Er nutzte den ganzen Tag, um voranzukommen und Karriere zu machen: fleißig, unauffällig, mit seiner präzisen Aktenkenntnis ein unentbehrlicher Gehilfe einflußreicher Chefs. Die hatten ihm den Weg nach oben bereitet, vor allem der linke Zentrumspolitiker Adam Stegerwald, der Brüning im christlichen Deutschen Gewerkschaftsbund unterbrachte, den er ab 1921 als Geschäftsführer leitete. Stegerwald zog ihn auch in die Politik: Vom Mai 1924 an vertrat der Zentrumsabgeordnete Brüning den Wahlkreis 7 (Breslau) im Reichstag, wo er sich rasch als Finanzexperte profilierte. Die Reichstagsfraktion wählte ihn schließlich zu ihrem Vorsitzenden.

Brüning hatte einen großen Traum: Ihm schien, als sei er vom Schicksal dazu auserwählt, die Monarchie nach Deutschland zurückzubringen. Er wollte Hindenburg zum Präsidenten auf Lebenszeit wählen lassen, zu einem Reichs-

verweser, der die Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron vorzubereiten habe. Das war ihm der höhere historische Sinn eines „Hindenburg-Kabinetts“.

Gleichwohl hatte der Kanzler Brüning eine natürliche Scheu davor, ohne oder gar gegen eine parlamentarische Mehrheit und nur mit dem Diktaturartikel 48 zu regieren. Operierte er ohne den Reichstag, dann war er völlig abhängig von Hindenburg, und das hieß praktisch: von der Kamarilla Oskar/Meißner, zu der auch der Kanzlermacher Kurt von Schleicher gehörte.

Das wollte Brüning um jeden Preis vermeiden. Folglich mußte er versuchen, trotz der mageren 148 Stimmen, die ihn im 491-Mandate-Reichstag unterstütz-

über den Kurs ihrer Partei entsetzt waren. Auf sie baute Brüning.

Braun war in der Tat wütend über die sterile Oppositionspolitik der Spitzengenossen im Reichstag. Er hatte zudem einen ganz existentiellen Grund, den Kanzler nicht zu verärgern.

Der Preuße saß am kürzeren Hebel: Braun durfte nie ausschließen, daß Brüning die preußische Zentrumspartei dazu bewegen könne, die Koalition mit der SPD aufzukündigen; dann war die Regierung Braun erledigt, dann hatte die SPD ihre größte Domäne verloren. Und was Braun wußte, wußte natürlich auch Brüning: Er konnte versuchen, durch Pressionen auf Braun die SPD im Reichstag zum Einlenken zu bewegen.



Hindenburg-Sohn Oskar, Familie: Intrigen gegen den Kanzler

ten, sich von Fall zu Fall eine parlamentarische Mehrheit zu sichern, und dazu benötigte er die Sozialdemokratische Partei. Wenn Brüning schon nicht mit der SPD regieren durfte (und das war die Auflage Hindenburgs), dann wollte er sich wenigstens von ihr tolerieren lassen.

Doch die SPD gab ihm keine Chance. In ihrer Reichstagsfraktion waren Rechte und Linke so miteinander zerstritten, daß sie sich nur noch im Negativen einigen konnten. Ein Ritual lief fortan ab, das nicht ohne groteske Züge war: Sobald eine neue Regierung gebildet war, erklärte ihr die SPD-Fraktion das Mißtrauen, um intern zu entdecken, daß die vorangegangene Regierung eigentlich gar nicht so übel gewesen war.

Den Taktiker Brüning schreckte das freilich nicht ab. Er konnte sich vorstellen, daß Sozialdemokraten wie der preußische Ministerpräsident Otto Braun

Braun fand denn auch nichts dabei, seinen Genossen in der SPD-Führung eine begrenzte Zusammenarbeit mit der Reichsregierung zu empfehlen. Brüning aber benutzte die Verbindung zu Braun, um nun das wichtigste Problem anzugehen, an dem die Große Koalition unter Hermann Müller gescheitert war: die Sanierung des desolaten Haushalts.

Brüning ließ Deckungsvorlagen für den Reichshaushalt des Jahres 1930 ausarbeiten, die umgehend dem Reichstag vorgelegt werden sollten. Als daraufhin der SPD-Fraktionschef Rudolf Breitscheid, offenbar angestoßen von Braun, bei Brüning erschien und ihm andeutete, seine Fraktion sei notfalls bereit, für die Deckungsvorlagen der Regierung zu stimmen, intervenierte der Reichspräsi-

dent. Dann müsse man eben, so forderte Hindenburg, bei der Deckungsvorlage

„eine schärfere Lösung ins Auge fassen“. Das war deutlich: Hindenburg und seine Leute würden alles unternehmen, um Brüning an einem Zusammenspiel mit der SPD zu hindern.

Blieb Brüning nur die verzweifelte Hoffnung, die Parteien im Reichstag würden intelligent genug sein, seine Notlage zu durchschauen und ihm Abstimmungsniederlagen zu ersparen, die die letzte Hemmschwelle auf dem Weg in die unverhüllte Präsidialdiktatur beseitigen müßten. Brüning hatte schon in seiner Regierungserklärung gewarnt: „Es wird der letzte Versuch sein, die Lösung mit *diesem* Reichstage durchzuführen.“

Brüning hatte anfangs Glück. Die Deckungsvorlagen wurden am 12. und 14. April von einer knappen Mehrheit im Reichstag akzeptiert, das Kabinett konnte einen ersten parlamentarischen Sieg feiern.

Sofort setzte der Kanzler seinen Finanzminister Paul Moldenhauer, einen Angehörigen der Deutschen Volkspartei (DVP), an die Aufgabe, eine weitere, vergrößerte Deckungsvorlage zu erarbeiten. Doch kaum hatte er ein Programm entworfen, da stellte sich die DVP gegen ihren eigenen Minister und verwarf alles, worin sie eine Beeinträchtigung von Unternehmerinteressen sah.

Moldenhauer trat zurück und überließ das Finanzministerium dem Deutsch-Demokraten Hermann Dietrich, der rasch ein neues Deckungsprogramm zur Hand hatte. Dieses Programm verlockte wieder die Sozialdemokraten, Brüning ihre bedingte Zusammenarbeit anzubieten.

Brüning verhandelte noch mit der SPD, als die Scharfmacher in der Umgebung Hindenburgs eine Mine gegen den Mann legten, den sie hinter allen SPD-Kontakten des Kanzlers vermuteten: gegen Braun.

Irgendwer im Reichspräsidentenpalais hatte entdeckt, daß noch immer der Erlaß des preußischen Innenministeriums vom 8. Oktober 1929 galt, durch den die Landesverbände Rheinland, Industriegebiet und Westfalen des deutschen „Stahlhelm“ wegen ihrer Waffenspiele verboten worden waren – unter Berufung auf die Entwaffnungsartikel des Versailler Friedensvertrages.

Rechtlich war das in Ordnung gewesen; ob auch politisch klug, stand auf einem anderen Blatt: Hindenburg war Ehrenpräsident des Stahlhelm. Genau dies machten sich nun die Gegenspieler Brünings im Präsidentenpalais zunutze. Sie redeten so lange auf den alten Herrn ein, bis auch der fand, das Stahlhelm-Verbot sei eine unerhörte Herausforderung des Reichspräsidenten.

Im Nu war die Hindenburg-Order formuliert, sofort die Aufhebung des Stahlhelm-Verbots durchzusetzen, andernfalls werde er nicht zu den Feiern anläßlich der Beendigung der alliierten Besetzung des Rheinlands erscheinen. Der



SPD-Führer Braun, Breitscheid: Aus Wut über den Kanzler ...

erschrockene Brüning eilte zu Braun; gemeinsam überlegten sie, wie dieser Querschuß aus dem Haus Hindenburg abzuwehren sei.

Doch Braun wollte nur helfen, wenn die Bundesführung des Stahlhelm die Rechtmäßigkeit des Verbots anerkenne und allen militärischen Bestrebungen abschwöre. Da verschärfte Oskar von Hindenburg noch die Krise – durch einen von ihm entworfenen Brief des Reichspräsidenten an Braun, in dem der Satz stand, das Stahlhelm-Verbot sei unrechtmäßig verhängt worden.

Nun wurde es aber Brüning zuviel, er verweigerte die (verfassungsmäßig vorgeschriebene) Gegenzeichnung des Briefes. Der Kanzler ließ das Schreiben zurückgehen und bat, einige Sätze umzuformulieren. Die Männer im Präsidentenpalais reagierten auf ihre Art: Sie lancierten den Brief in die Presse.

Brüning griff zum letzten Mittel. Er trommelte die Führer der preußischen Zentrumspartei zusammen und ließ sie Braun mit der Drohung, notfalls die Koalition mit der SPD aufzukündigen, so lange unter Druck setzen, bis der Ministerpräsident nachgab und das Stahlhelm-Verbot aufhob.

Die Mühe Brünings schien sich gelohnt zu haben, die Verabschiedung des Haushalts im Reichstag gesichert. Da lief in der SPD-Fraktion das Gerücht um, hinter dem Hindenburg-Brief in der

Stahlhelm-Sache stecke Brüning, er habe das Schreiben redigiert und gebilligt. Sofort stand der Entschluß fest: keine Stimme für diesen Kanzler, keine Tolerierung seiner Regierung!

Am nächsten Tag, dem 16. Juli 1930, übten sie Rache. Die SPD-Abgeordneten halfen dabei, Brünings Deckungsvorlagen niederzustimmen; mit 256 gegen 204 Stimmen lehnte der Reichstag das Programm der Regierung ab.

Wie erstarrt saß Brüning auf der Regierungsbank und sah bewegungslos in den Sitzungssaal. Der Reichskanzler wußte: Er war parlamentarisch am Ende, jetzt führte kein Weg mehr am Regieren mit Notverordnungen und Diktaturregeln vorbei. In der Tat: Am 17. Juli erging eine Verordnung des Reichspräsidenten, die die Regierung ermächtigte, ihr Deckungsprogramm gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung in Angriff zu nehmen.

Die Selbstzerstörung des deutschen Parlaments aber ging weiter. Keine Macht der Welt zwang die Reichstagsabgeordneten, über die Notverordnung des Reichspräsidenten sofort abzustimmen. Jeder Parlamentarier wußte, was einer Ablehnung der Notverordnung durch den Reichstag folgen würde. „Stürzen Sie diese Regierung bzw. treiben Sie es zur Auflösung des Reichstags“, rief Reichsinnenminister Joseph Wirth den Abgeordneten zu, „dann laufen Sie das

Risiko, von der Krise des Parlamentarismus in die Krise des Systems der Demokratie zu verfallen.“

Gleichwohl erzwang die Mehrheit am 18. Juli die Abstimmung über die Notverordnung. 236 Abgeordnete lehnten sie ab. Der Parlamentarismus in Deutschland war endgültig am Ende, der Reichstag zu einer regierungsfähigen Mehrheit nicht mehr fähig.

Mit einer fahigen Bewegung griff Brüning auf seinem Platz zu einer roten Mappe und las dem Plenum die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags vor.

Einen Augenblick lang lag Totenstille über dem Plenarsaal des Reichstages. Dann schrien ein paar kommunistische Abgeordnete: „Nieder mit Hindenburg!“ und stimmten die Internationale an, sonst aber „herrschte bei den übrigen Parteien eisiges, betretenes Schweigen“ (so der Historiker Hagen Schulze).

Noch am Abend beschloß das Reichskabinett, die Neuwahlen auf den 14. September festzulegen. Keiner ahnte, daß dieser Tag die Heraufkunft einer neuen, schrecklichen Ära in Deutschland bringen würde. Der 18. Juli und der 14. September 1930 – zwei weitere Tage im schwarzen Kalender deutscher Irrwege.

Kamen Brüning keine Bedenken, in so krisengeschüttelter Zeit Wahlleidenenschaften zu entfesseln, war er sich nicht der explosiven, fast vorrevolutionären Stimmung in Deutschland bewußt? Der Reichskanzler wußte nichts davon. Seine Welt war der parlamentarische Ausschuß und der kleine Polit-Zirkel, die breite Öffentlichkeit hatte er immer gemieden.

Ohne Gespür für die Stimmungen der Zeit arbeitete der Kanzler weiter, konfrontiert einer immer schlimmeren Wirtschaftskrise, die Brüning in den Griff zu bekommen versuchte, wie er es verstand – und er verstand es nicht.

Dabei galt der Dr. Brüning als ein Finanzexperte seiner Partei. Er hatte gelernt, daß jede Wirtschaftskrise ein Selbstreinigungsprozeß sei, den der Staat nicht stoppen könne, sondern allenfalls beschleunigen müsse, damit die Wirtschaft desto eher wieder aus der Talsohle herauskomme. Mithin sei es Aufgabe der Wirtschaftspolitik, Staat und Wirtschaft der abwärts gerichteten Kon-

junkturbewegung anzupassen – durch Deflationspolitik, will sagen: durch Ausgabendrosselung und Steuererhöhung.

Genau das tat nun der Kanzler Brüning und setzte damit, wie es ein Chronist der Wirtschaftskrise umschreibt, „eine Spirale des Niedergangs in Bewegung, die von vielen als Gottesurteil hingenommen wurde“. Löhne und Einkommen sanken, die Umsätze gingen zurück, die Einfuhren blieben aus, der Lebensstandard wurde ruiniert, die Arbeitslosigkeit nahm ständig zu.

Das Makabre an dieser Orgie der Unvernunft aber war, daß sie von Brüning unter Anrufung der höchsten Vernunft betrieben wurde, glaubte der Kanzler doch ernsthaft an das wirtschaftswissenschaftliche Motto: Es muß uns erst noch schlechter gehen, ehe es uns wieder besser geht.

Tatsächlich aber hatte die Wirtschaftskrise längst ein solches Ausmaß erlangt, daß jede Deflationspolitik zur weiteren Lähmung der ökonomischen Kräfte führen mußte. Im Mai 1930 waren von den 21 Millionen Arbeitnehmern in Deutschland drei Millionen ohne Beschäftigung, die Kreditzinsen kletterten auf zwölf Prozent, die industrielle Erzeugung schrumpfte auf zwei Drittel des Standes von 1928 zusammen.

Statt durch antizyklische Maßnahmen, durch Steuersenkungen und Staatsaufträge, wieder Vertrauen zu schaffen, verschärfte Brüning die Krise noch weiter – durch neue Restriktionen. Die Folge: Tausende von Konkursen und Stilllegungen, immer wieder neue Entlassungen, Rückgang der Abgaben an die

Sozialversicherung, Zunahme der Selbstmorde, schließlich Verelendung und sogar Hunger – eine Wirtschaft wurde ruiniert, eine ganze Gesellschaft verkam.

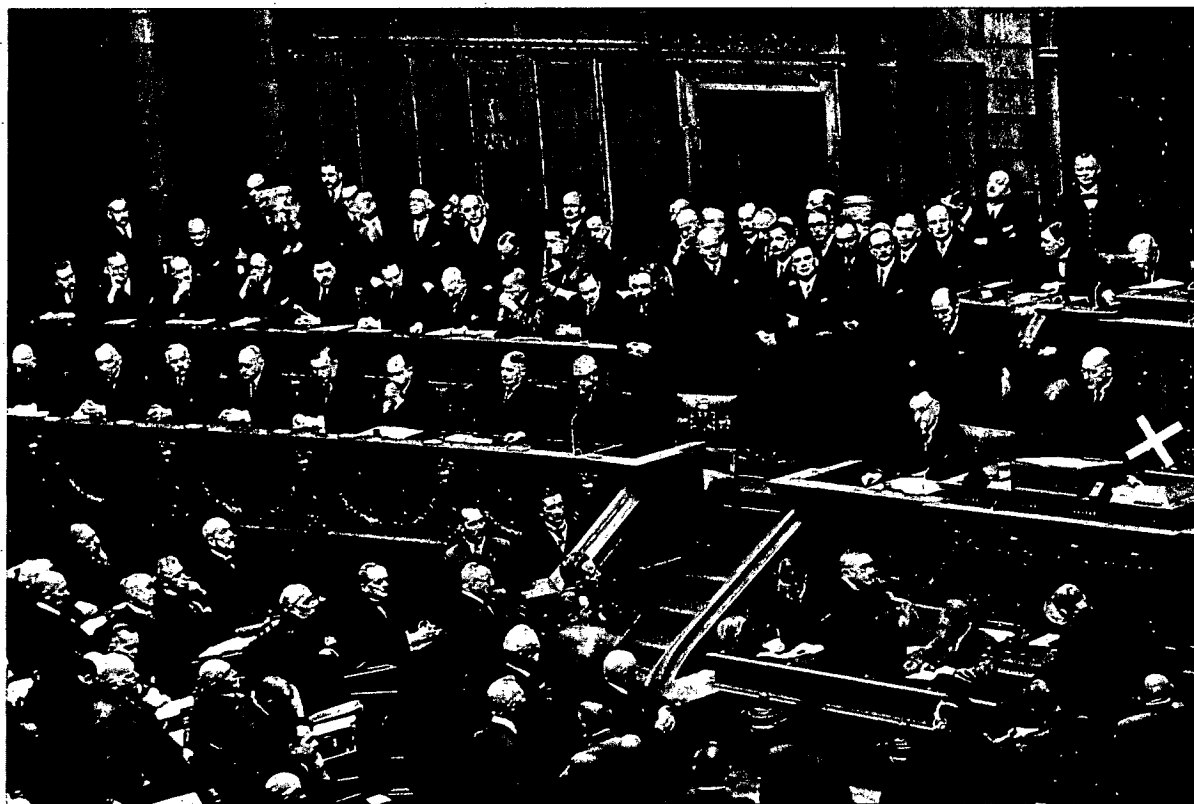
Scheinbar harmlose Meldungen und Statistiken fügten sich zu einem Mosaik gesellschaftlich-wirtschaftlichen Untergangs zusammen:

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldete, ein Berliner Gaststättenunternehmer gebe „Mittagessen auf Teilzahlung“ allen „Leuten, die sich in einer nur vorübergehenden Geldverlegenheit befinden“, und ein anderer Reporter hielt fest, die Inanspruchnahme des Staatlichen Leihamts in Berlin sei „ins Märchenhafte gestiegen“: 1925 habe das Amt 100 000 Kunden gehabt, 1929 dagegen 170 000.

„Am Dienstag“, so das „Göttinger Tageblatt“ in einer Meldung, „erschöß der Kaufmann und Kapitän a. D. Stauffer in seiner Wohnung seine Ehefrau. Als kurz darauf sein zwölfjähriger Sohn von der Schule heimkam, tötete er auch diesen. Hierauf brachte er sich selbst einen lebensgefährlichen Schuß bei. Er starb im Krankenhaus. Der Grund zur Tat ist in wirtschaftlicher Notlage zu suchen.“ Erich Kästner reimte:

Habt Sonne in sämtlichen Körperteilen,
und wickelt die Sorgen in Seidenpapier!
Doch tut es rasch. Ihr müßt euch beeilen.
Sonst werden die Sorgen größer als ihr.

Der Industrielle Carl Duisberg beschwor im Januar 1930 „die ständig steigende Ziffer der Zusammenbrüche, die mit 8956 in den ersten elf Monaten 1929 ebenfalls schon längst die Vorjahreszif-



... die Demokratie aufs Spiel gesetzt: Kanzler Brüning (x) im Reichstag 1930

fer von 7360 in den ersten elf Monaten 1928 überschritten hat“.

Doch mehr als solche Zahlen und Berichte drückte die Alltäglichkeit des Elends die Menschen nieder, führte zum Zerfall gesellschaftlicher Konventionen.

Der Historiker Rudolf Vierhaus hat „Kulisse und äußere Form dieser Stimmung in all ihren Schattierungen der Verbitterung, der Unlust, der ‚Miesigkeit‘, des Pessimismus“ beschrieben. Dazu gehörten, sagt er, „die Dürftigkeit und Abgenutztheit von Kleidung und Mobiliar, die Ungepflegtheit, der Verfall der Häuser, die Trostlosigkeit von billigen Wirtshäusern und kleinen Läden ohne Angebot und Kundschaft, von Bahnhofshallen und Vorstadtkinos“.

Vor diesem Hintergrund tobte ein neuer Klassenkampf, der lautlose, bittere Krieg zwischen den beiden Klassen, die die Wirtschaftskrise hatte entstehen lassen: zwischen jenen, die Arbeit hatten, und denen, die keine hatten. Vierhaus notiert: „Wohin man blickte: soziale Gegensätze, Mißtrauen und Anklagen gegen andere Gruppen, Korruption und noch mehr Korruptionsverdacht, Drohung des sozialen Bürgerkriegs und Angst vor ihm.“

In diese Landschaft sozialer Hoffnungs- und Trostlosigkeit sickerten immer mehr die Vortrupps einer nationalistischen Erweckungs- und Jugendbewegung ein, die einen radikalen Neuanfang versprach. „Volksgemeinschaft“ hieß die Botschaft, die ihre Anhänger verkündeten, und an ihrer Spitze marschierte ein Mann, den sie Führer, Genie, Befreier nannten. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, abgekürzt NSDAP, war unter Adolf Hitler angetreten, Staat und Gesellschaft zu erobern.

Wie keine andere Partei in der Republik wußte die NSDAP Unmut, Enttäuschungen und Hoffnungen der Gesellschaft zu artikulieren, wie kein anderer Redner seiner Zeit verstand es Hitler, geheimste Sehnsüchte und Wünsche der Massen aufzuspüren, ihnen Ausdruck zu geben und sie zugleich zu Treibsätzen seiner Bewegung zu machen.

„Das ist das Wunder unserer Zeit“, rief er einmal ekstatisch aus, „daß ihr mich gefunden habt, daß ihr mich gefunden habt unter so vielen Millionen! Und daß ich euch gefunden habe, das ist Deutschlands Glück!“

Doch die „reale soziale Veränderungsdynamik, die hinter dem Nationalsozialismus stand“ (so der Historiker Martin Broszat), war anderer Art als jene marxistischer Bewegungen. Hitlers Propagandisten bauten darauf, daß es den Menschen in Deutschland nicht nur um Revolution, sondern auch um Restauration ging, denn die Opfer der Wirtschaftskrise hatten nicht vor, plötzlich Proletariat zu werden, mochten sie auch inzwischen materiell auf Proletarier-niveau abgesunken sein.

Das garantierte der NSDAP den sicheren Massenerfolg: Sie wurde die große

Nutznießerin des deutschen Elends, weil sie „dem gleichzeitigen Verlangen nach Kontinuität und Veränderung, das breite Schichten der Bevölkerung erfüllte, am meisten entsprach“ (Broszat).

Für diese Rolle war die Partei prädestiniert. Sie war ideologisch schwammig genug, vieles miteinander vereinbaren zu können: den Veränderungsdrang der Jugend mit dem Erhaltungstrieb der Bauern, die warenhausfeindliche Abwehrpolitik des Kleinhandels mit den Konsuminteressen des neuen Mittelstands, die Privilegienfreude der Beamten und Angestellten mit den Aufstiegswünschen der Arbeiterschaft.

In solcher Vielgelinkigkeit kam zum Ausdruck, daß sich die



Pfandleihe 1930



Wärmehalle 1932

Wirtschaftskrise in Deutschland: Eine Gesellschaft verkam

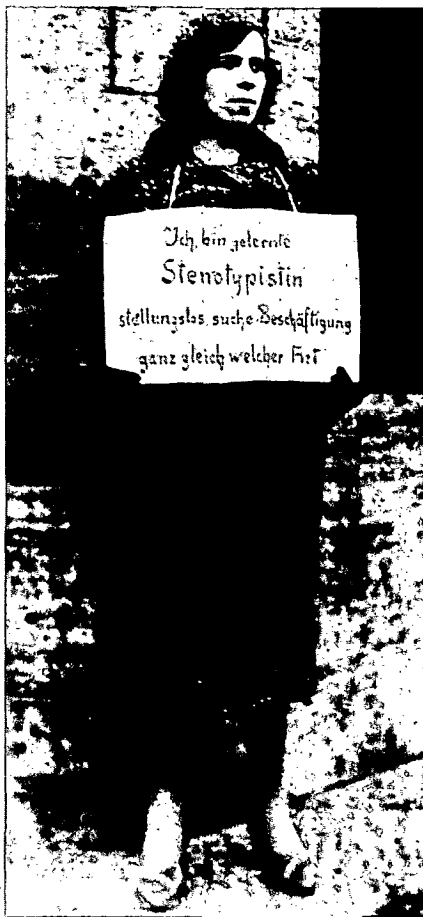
NSDAP von den Klassen- und Interessenparteien in einem entscheidenden Punkt unterschied: Sie war eine Volkspartei, die erste der deutschen Geschichte.

Die Volkspartei-Ideologie ging auf die Münchner Anfänge der Partei nach dem Ersten Weltkrieg zurück, als die NSDAP zum erstenmal ihre Rolle als Mobilisator deutschen Unbehagens eingeübt hatte.

Das war die Zeit des noch weitgehend ländlich bestimmten Münchens gewesen, das gerade die Schreckensmonate der roten Räterepublik hinter sich hatte und in das ein buntes, hochexplosives Ge-

misch aus politischen Flüchtlingen der untergegangenen Monarchien, entwurzelten Bürgern, anpassungsunwilligen Ex-Soldaten und Abenteurern aller Art strömte – idealer Nährboden für allerlei diffuse Gruppen, die sich in dieser klassischen Ecke des völkischen Antisemitismus eine Welt ohne Klassen und Juden zusammenphantasierten, eine angeblich spezifisch deutsche Staats- und Gesellschaftsordnung.

Anklang fanden solche Ideen auch in einer Schicht Münchner Handwerker und verbürgerlichter Arbeiter, die weitgehend noch vom Land stammten und



Arbeitslose 1930

sich ungern gewerkschaftlich organisieren ließen; meist arbeiteten sie zu außer tariflichen Lohnsätzen, fast immer in Zweigen des öffentlichen Dienstes wie der Post oder der Eisenbahn.

In der Eisenbahn-Hauptwerkstätte München war der Werkzeugschlosser Anton Drexler beschäftigt, der eines Tages auf die Idee kam, man müsse einmal eine „richtige“, will sagen: eine nichtmarxistische Arbeiterpartei gründen, und es dann mit einigen Kollegen auch wirklich tat.

So entstand am 5. Januar 1919 die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), die auch bald eine Art Ideologie fand. Die Sehnsucht nach einem „deutschen Sozialismus“ lag gleichsam in der Luft; zudem hatte Drexler in seiner Berliner Lehrzeit schmerzlich erlebt, wie man mit nicht gewerkschaftlich organisierten, noch um gesellschaftliche Anerkennung ringenden Arbeitern umsprang.

Ihm schien es daher nur selbstverständlich, daß die DAP die Aufgabe habe, „aus den politisch Obdachlosen, die zu Hunderttausenden unter den Beamten, Kleinbürgern und Arbeitern aus Unzufriedenheit mit ihren alten Parteien entstanden sind, einen neuen „nationalen Bürgerbund“ entstehen“ zu lassen.

Den Rest des Programms lieferten ihm die Ereignisse der Zeit. In der Münchner Räterepublik (Februar bis Mai 1919) hatten einige Juden führende Rollen gespielt, der Münchner Volkszorn richtete



Bettlerin 1930

sich auch gegen die saftigen Profite, die ein paar jüdische Kriegsgewinnler (neben nichtjüdischen) eingesteckt hatten – für Drexler Anlaß genug, sein Programm noch um eine Teufelsfigur zu bereichern, den „kapitalistischen Juden und dessen Trabanten“, wie er sie nannte.

Aber selbst dieser Antisemitismus wäre blaß-papieren geblieben, hätte er sich nicht mit der Aggressivität einer verlorenen Generation heimgekehrter, in ihrem Selbstwertgefühl tief verwundeter Frontsoldaten und der gereizt-verstockten Protesthaltung weiter Bevölkerungskreise verbunden, die um keinen Preis Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg anerkennen wollten.

So wurde „der“ Jude zur Schlüsselgestalt, die scheinbar alles erklärte, alles verschuldet hatte: den Untergang der monarchischen Ordnung, die blutige Räte herrschaft, die Geißel „Versailles“. Und keiner konnte den jüdischen „Erreger“ aller Übel dieser Welt plastischer beschreiben als der ehemalige Gefreite Adolf Hitler.

Schon in seinen Durchhalte-Reden vor der Truppe hatte sich Hitler dieser künstlichen und doch so anschaulichen Figur bedient, des ewigen Juden, der als Verursacher hinter allen Krankheiten der modernen Zivilisation stecke und den brutal zu entfernen nichts als ein Akt der Gesunderhaltung des Volkes sei.

Ein solcher Mann mußte von den antisemitischen Tiraden der DAP ange-

zogen werden, fast automatisch wurde er ihr populärster Redner.

Es war allerdings nicht der ehrgeizfressene, machtgierige Mann aus den bekannten Hitler-Biographien, sondern der Hitler, wie ihn seine Umgebung damals kennenlernte: ein unsicherer, eigenbrötlicher Emporkömmling, meist unkooperativ, verantwortungsscheu, nicht gewohnt, sich mit anderen auseinanderzusetzen, und ganz sicher nicht der Führtyp, der er nach der noch heute zäh geglaubten Legende von Anbeginn gewesen sein soll.

Erst allmählich begann Hitler, sich ein eigenes Programm zu schaffen. Was ihm noch fehlte, holte er sich bei der Kommunikation mit der Menge, deren heimliche Wünsche und Emotionen er herausspürte wie kein anderer Redner in München.

So entstand Zug um Zug seine Botschaft, ein hochexplosives Gemisch aus Anklage und Heilserkündigung: Denunziation von „Marxismus“ und „Judentum“, für ihn Inbegriffe aller Schäden der modernen Industriegesellschaft, Brandmarkung von „Versailles“, Synonym der deutschen Niederlage, Verheißung der „Volksgemeinschaft“, Zentralbegriff neuer nationalistischer Dynamik im Zeichen der Klassenversöhnung.

Hitlers Reden und Versammlungen zogen Tausende in die Partei, die DAP wuchs von Monat zu Monat. Sie war bald die stärkste Partei Münchens und drang nun, wieder von Eisenbahnkollegen Drexlers getragen, über die Grenzen der bayrischen Hauptstadt hinaus.

Die Partei veränderte und vergrößerte sich, sie wurde zusehends eine Landpartei: 53,7 Prozent ihrer Mitglieder kamen vom Lande, 22,1 Prozent saßen in Kleinstädten und 24,2 Prozent in den Großstädten. Das verband die Partei mit der ländlichen Welt konservativer Einwohnerwehren und rechtsradikaler Wehrorganisationen, deren Führer davon träumten, aus Bayern eine antirepublikanische „Ordnungszelle“ zu machen, aus der heraus man die verhaßte Berliner Republik stürzen könne.

Hitler aber blieb davon merkwürdig unberührt, Organisatorisches interessierte ihn nicht. Drexler und seine Freunde merkten, daß für Hitler Politik nicht alles bedeutete. Er war noch jung, gerade 32 Jahre alt, er reiste gern durch die Lande und hatte eine unüberwindliche Scheu vor Schreibtischarbeit.

Nicht einmal an der Formulierung des 25 Punkte umfassenden Parteiprogramms mochte er sich beteiligen, dieses später zu Unrecht vielbelächelten Papiers, das doch eigentlich schon alles enthielt, was dann die ideologische Sprengkraft des deutschen Faschismus ausmachte: den Judenhaß, die Forderung nach Raumeroberung, das Verlangen nach einem deutschen Sozialismus („Brechung der Zinsknechtschaft“).

Als am 24. Februar 1920 im „Hofbräuhaus“ vor 2000 Anhängern das Pro-

gramm und der Beschluß verkündet wurde, die DAP in Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei umzubenennen, war Hitler nur als zweiter Redner vorgesehen. Seine Ansprache blieb denn auch blaß.

Ihm wäre damals nichts sonderbarer vorgekommen als die Vorstellung, er könne dereinst Führer dieser Partei werden. Sein Metier war die Propaganda, das Aufpeitschen von Massen, die Vision, die Vorbereitung des langen Marsches in die Zukunft. Aber anführen würde er diesen Marsch nicht, dessen war Hitler ganz sicher, anführen würde ihn ein Größerer, auf dessen Erscheinen er noch wartete.

„Wir sind ja alle ganz kleine Johannesnaturen. Ich warte auf den Christus“, sagte Hitler zu einem ehemaligen Pfarrer, und der Historiker Albrecht Tyrell, dem die Geschichtsschreibung diese drastische Korrektur des gängigen Hitler-Bildes verdankt, fand eine Fülle von Dokumenten, die Hitlers seltsame Führerscheu belegen.

Der Publizist Max Maurenbrecher notierte im Mai 1921 den Hitler-Ausspruch: „Er sei wohl der Agitator, der Massen zu sammeln verstehe. Aber er sei nicht der Baumeister, der Plan und Aufriß des neuen Gebäudes bildhaft klar vor seinen Augen sieht und mit ruhiger Festigkeit in schöpferischer Arbeit einen Stein auf den anderen zu legen vermag. Er brauche den Größeren, an dessen Befehl er sich anlehnen dürfe.“

Als jedoch zwei Monate später die Gefahr drohte, daß eine ihm unwillkommene Fusion zwischen der NSDAP und einer Konkurrenzpartei zustande kommen und ihn aus seiner Schlüsselposition als Agitator verdrängen werde, da meldete Hitler plötzlich Führerambitionen an. Er mobilisierte seine Anhänger und verlangte am 14. Juli für sich „den Posten des Ersten Vorsitzenden mit diktatorischer Machtbefugnis“.

Einen Tag später kapitulierte der Parteiausschuß. Hitler wurde am 29. Juli 1921 zum Ersten Vorsitzenden der NSDAP gewählt und diktierte der nach dem Vereinsrecht organisierten Partei eine Satzung auf, die Drexlers Schöpfung zur ersten autoritären Führerpartei Deutschlands machte. Hitler schrieb sich „weitesten Spielraum“ bei der Führung und das Recht zu, „unabhängig von Majoritätsbeschlüssen Entscheidungen fassen zu dürfen“.

Hitlers Claqueure beeilten sich, die Ära des Führerkults in der NSDAP einzuläuten. Hermann Esser rief in einer Versammlung im Circus Krone, „unser Führer“ sei da, und Rudolf Heß stimmte die erste jener fanatischen Hitler-Elogen („Sein Wesen ist reinstes Wollen“) an, denen noch Tausende folgen sollten.

Hitler indes nahm das Führergeschwätz seiner Gehilfen nicht ernst. Er war Parteivorsitzender mit diktatorischen Vollmachten, aber ein oder gar der Führer war er noch nicht.

Selbst als sich im Sommer 1923 die innenpolitischen Verhältnisse in Bayern zuspitzten und alles auf einen Putschversuch der rechtsradikalen Verbände einschließlich der erzkonservativen Regierung Bayerns gegen das „rote“ Berlin

Generalprobe für den 30. Januar 1933. Hitler blieb seiner Trommler-Rolle treu.

Erst in der Festungshaftanstalt Landsberg am Lech begann Hitler, in die Rolle des Führers zu schlüpfen. Der Häftling Hitler, wegen Hochverrats von dem Münchner Volksgerichtshof im Frühjahr 1924 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, sah sein Leben grundlegend verändert: Der Beifall, den seine pathetischen Verteidigungsreden vor Gericht bei den Parteigenossen ausgelöst hatten, versetzte ihn in den Wahn, selber der auserwählte Führer zu sein, auf den er so lange Zeit gewartet hatte.

In der Zelle 7 machte sich Hitler daran, auf einer klapprigen Schreibmaschine sein bisheriges Leben umzuschreiben. Seite um Seite stilisierte er sich zu



Hitler-Putsch in München am 9. November 1923*: „Dann kommt die große Lawine ins Rollen“

hindeutete, sah sich Hitler nicht in der Rolle eines Diktator-Anwärters.

Nicht einmal sein berühmter Pistolenschuß gegen die Decke des „Bürgerbräukellers“, mit dem er am Abend des 8. November 1923 die bayrische Politiker-Elite zur Tat anzuspornen versuchte, sollte ihm die Führung des Putsches sichern. Für Hitler war der Schuß nichts anderes als „die Initialzündung“, getreu der Absprache unter den führenden Berlin-Gegnern, „daß an einer Seite die Auslösung und daß dann die große Lawine ins Rollen kommt“, wie Hitler später vor Gericht erklärte. Denn er hatte schon einen Größeren rufen lassen: den Feldherrn Ludendorff.

Mathin war der Putsch des 8./9. November 1923 nicht Hitlers erster Versuch einer Machtergreifung, wie die Historiker lange Zeit wähten, war nicht eine

dem Führer der „nationalen Bewegung“ empor, der – von allen Deutschen erhofft – nur auf seine Stunde wartet.

Ein phantastischer Anblick, wie sich da ein Mann selber umfrisirt: Alle Unsicherheiten seines Lebens schwanden dahin, Präzision und Logik traten an ihre Stelle.

In „Mein Kampf“ war es dann nachzulesen; da hatte er schon in Wien die „jüdische Gefahr“ erkannt, da war er seit Anbeginn der NSDAP ein zielsicherer Führer gewesen, da hatte er auch die Lebensraumeroberung im Osten, dieses fürchterlichste Produkt Landsberger Meditationen, längst ins Auge gefaßt.

Doch als Hitler im Dezember 1924 wieder auf freiem Fuß war, bekam er schnell zu spüren, daß Führerautorität und martialische Sprüche allein die inzwischen verbotene NSDAP nicht wieder in Schwung bringen konnten. Die

* SA-Einheit vor dem „Bürgerbräukeller“.

Partei war in mehrere miteinander rivalisierende Gruppen zerfallen.

Hitler erwirkte die Wiederzulassung der Partei gegen das Versprechen, nie wieder zu putschen, und baute die NSDAP wieder auf. Er bereiste Ortsgruppe um Ortsgruppe in Bayern, gewann selbst unwilligste Unterführer und hatte bald alles wieder zusammen. So konnten schließlich die Unterführer bei der Taufe der neu-alten Partei im „Bürgerbräukeller“ vor 4000 jubelnden Parteigenossen am 27. Februar 1925 Versöhnung feiern und ihrem Adolf Hitler ewige Treue schwören.

Alles schien wieder in bewährter Ordnung: die Partei auf den Führer eingeschworen, der Nationalsozialismus auf eine Heilslehre und seinen Erlöser ausgerichtet, der Führungsapparat fest in Hitlers Griff.

Da aber meldeten sich aus Nord- und Westdeutschland Parteigenossen zu Wort, die mit dem Hitlerkult gar nicht einverstanden waren. Was sich hier an Widerspruch regte, war mehr als eine Parteiquerele. Es war eine Bewegung, die zum erstenmal dem Nationalsozialismus so etwas wie intellektuelles Niveau und jene soziale Schubkraft verlieh, an der letztlich die Weimarer Demokratie zugrunde gehen sollte.

Ihre Vertreter saßen in den Großstädten des Nordens und Westens und hatten sich in den Kopf gesetzt, das Gerede vom „deutschen Sozialismus“ ernst zu nehmen; ohne die Arbeiterschaft, so fanden sie, gerate Hitlers ländlich-vorstädtische Bayernpartei in die Gefahr, „auf die Ebene einer radikalisierten Nurn-Antisemiten- und Kleinbürger-Partei abzurutschen“, wie eines ihrer Blätter schrieb.

Für die sozialen Oberschichten hatten sie nichts übrig, die SPD lehnten sie als eine „in Wahrheit bürgerliche Partei“ ab. Sie formulierten so radikal, daß der General Groener schon meinte, ihre Auffassungen unterschieden „sich in nichts von denen der Kommunisten“.

„Unser Kampf gilt nicht der Republik, die wir bejahren“, schrieben sie, verlangten „die wirtschaftliche Revolution, die Nationalisierung der Wirtschaft“ und projektierten einen „Bund der unterdrückten Völker“, an dessen Spitze Deutschland und das rote Rußland gemeinsam gegen die „Sklaverei“ des Völkerbundes marschieren sollten.

Hinter solchen Formulierungen stand ein Kreis junger Nationalsozialisten im Ruhrgebiet, unter ihnen der Gaugeschäftsführer Joseph Goebbels, der Zahnarzt Helmut Elbrechter und der ehemalige Freikorpsführer Franz Pfeffer von Salomon, die dem Nationalsozialismus ein revolutionäres Profil geben wollten.

Ihr eigentlicher Wortführer aber saß in Bayern, und es machte für Hitler die Sache nicht besser, daß dieser Mann einer seiner engeren Mitarbeiter war: Gregor Straßer.

Erste Ausgabe Preis 10 Pfennig
München-Münchener Abendzeitung
Das Urteil
im Hitlerprozeß
 München, den 1. April 1924, 10 Uhr 05 Min.
 Unter großer Spannung einer zahlreichen Zuhörerschaft wurde heute vormittags im Saale der Justizverfäule durch Landgerichtsdirektor Reichard das Urteil im Hitlerprozeß verkündet.
Freigesprochen wurde: General Ludendorff
 unter Überbürdung der Kosten auf die Staatskasse.
 Die übrigen Angeklagten wurden
zu Festungshaft verurteilt
 und zwar wie folgt:
Adolf Hitler 5 Jahre Festung
Oberleutnant Kriebel 5 Jahre
Dr. Weber 5 Jahre
Oberlandesgerichtsrat Pöhner 5 Jahre
Oberamtmann Dr. Frick 1 Jahr 3 Monate
Hauptmann a. D. Röhm 1 Jahr 3 Monate
Oberleutnant Wagner 1 Jahr 3 Monate
Oberleutnant Brückner 1 Jahr 3 Monate
Oberleutnant Perner 1 Jahr 3 Monate
 Die Haftstrafe gegen Frick, Röhm und Brückner wird aufgehoben.
 Das Gericht erläßt weiter Befehl: Den Verurteilten Pöhner, Röhm, Perner, Wagner und Frick wird für den Strafrest mit sofortiger Wirkungzeit 5 Monate angeordnet bis 1. April 1924 befristet.
 Den Verurteilten Hitler, Pöhner, Kriebel und Weber wird nach Verbüßung eines weiteren Strafrestes von je 6 Monaten Festungshaft Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt.
 Die Verurteilung und Freisprechung erfolgte mit vier Stimmen.
 Die Begründung des Urteils erscheint in einer zweiten Ausgabe gegen Mittag.

Hitler-Urteil, Redner Hitler 1925: „Das Wunder, daß ihr mich gefunden habt“

Der 33jährige Apotheker aus Landshut, im Ersten Weltkrieg Artillerie-Oberleutnant, dann Freikorpsführer und später NS-Gauleiter in Niederbayern, war von Hitler Anfang 1925 beauftragt worden, die in Nord- und Westdeutschland verstreuten NS-Gruppen zu beaufsichtigen. Aus der Aufsicht war rasch Partnerschaft geworden, denn Straßer dachte über den Hitlerkult und den provinziellen Nationalsozialismus ähnlich wie die Hitzköpfe im Großgauer Ruhr.

Straßer und die Rebellen gründeten im Oktober 1925 eine „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP“ (AG), die sich rasch zu einer Anti-Hitler-Fraktion entwickelte. Der bedächtige Straßer hatte freilich alle Mühe, die wilden Kritiker seines Führers vor unüberlegten Aktionen zu bewahren; als Goebbels beantragte, den „kleinen Bourgeois Adolf Hitler“ aus der Partei auszuschließen, stoppte ihn Straßer. Er wollte vorsichtiger gegen Hitler vorgehen.

Hitler erkannte die ihm drohende Gefahr und reagierte rasch. Jetzt zeigte der Führer der NSDAP, daß er überaus differenziert zu taktieren verstand. Hitler lud die rebellischen Parteigenossen zu einer Führertagung ein, die am 14. Februar 1926 in Bamberg stattfand.

Die untereinander uneinigen Frondeure schnitten dabei so miserabel ab, daß es Hitler nicht schwerfiel, sich noch einmal seine absolute Führerstellung und die Unabänderlichkeit des Parteiprogramms bestätigen zu lassen. Straßer gab sich geschlagen, die AG mußte aufgelöst werden.



Doch Hitler paßte auf, daß die abgeschlagenen Gegner nicht als Gedeimütigte das Kampffeld von Bamberg verließen. Er verstand es, leicht beeinflussbare Gegner wie Goebbels, den er bald darauf als Gauleiter nach Berlin schickte, durch Charme und Versprechungen auf seine Seite zu ziehen.

Die größte Überraschung aber traf Straßer: Hitler bot ihm an, die organisatorische Leitung der Partei zu übernehmen und mit ihm gemeinsam den Kampf um die Eroberung der Republik zu führen – Beginn einer steilen Karriere, durch die Straßer zur Nummer zwei der NSDAP wurde.

Taktische Schläue Hitlers oder Rückfall in die Unsicherheit früherer Jahre? Niemand weiß, was Hitler bewog, Straßer zum Partner zu machen. Er gab ihm den Weg in die Reichsleitung der NSDAP frei. Ab 16. September 1926 leitete Straßer als Reichspropagandaleiter den Parteiapparat.

Straßer gab der Partei eine einheitliche Gaustuktur, verstärkte die Organisation der Parteispitze und führte regelmäßige Reichskonferenzen der Gauleiter ein. Mit jeder organisatorischen Reform wuchs sein Einfluß: Er sicherte sich ein Mitspracherecht bei der Auswahl von NS-Kandidaten für Landtags- und Reichstagswahlen und forcierte, 1928 auch Reichsorganisationsleiter geworden, den Ausbau einer neuen Leitungszentrale der Parteiführung.

Der Aufstieg Straßers ermöglichte es den NS-Linken, in zahlreichen Gliederungen der NSDAP Fuß zu fassen und örtliche Parteiapparate unter ihre Kon-

trolle zu bekommen. Das Ruhrgebiet, Hamburg, Sachsen und Thüringen waren Hochburgen der nazistischen Sozialisten, während Berlin als ihr geistiges Zentrum galt, Sitz des Kampfverlags, eines kleinen Zeitungsimperiums unter der Leitung des irriternd-scharfzüngigen Otto Straßer, des jüngeren Bruders von Gregor.

NS-Sozialisten waren auch die Gründer der Sonderformationen, mit denen die Partei auf die wichtigsten Gesellschaftsgruppen einzuwirken versuchte: der Hitler-Jugend des ehemaligen Jurastudenten Kurt Gruber, des Nationalsozialistischen Schülerbunds Adrian von Renteln, des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds Wilhelm Tempels, der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation des Arbeitersekretärs Reinhold Muchow und des Agrarpolitischen Apparats von R. Walther Darré.

Mobilisierung der unzufriedenen Jugend, Nutzung der Unruhe unter den Bauern und Kleinhändlern, Gewinnung der von der SPD abdriftenden Arbeiter – fehlte nur noch die Organisation, die dies alles in politische Aktion umsetzte: die Sturmabteilung, die SA.

Hitler sah in der SA eine Organisation, die politische Ideen in Kampfkraft verwandeln sollte; die Marschsäulen der SA waren dazu ausersehen, in „einer Art permanenten Wahlkampfes mit terroristischen Mitteln“ (so der Historiker Wolfgang Sauer) den Behauptungswillen des demokratischen Gegners zu lähmen. Dies zu leiten und zu organisieren, schien Hitler der einstige Freikorpsführer Pfeffer von Salomon der geeignete Mann. Mit Wirkung vom 1. November 1926 wurden ihm als „Obersten SA-Führer“ (OSAF) alle bereits vorhandenen Sturmabteilungen unterstellt.

Wie Hitler und die meisten Deutschen der Zeit war auch Pfeffer von Salomon ein glühender Bewunderer marschierender Kolonnen. Er glaubte an den massenpsychologischen Zwang, der von dem Gleichklang dröhnender Marschritte und dem roboterhaften Vorrücken diszipliniert. Vierer-Reihen ausging.

Pfeffer hatte allerdings nicht die Absicht, das traditionelle Militär zu kopieren, seine SA stellte er sich als ein sozialistisches Instrument vor. Die SA sollte jung und revolutionär sein, eine Parteiarmee der Twens. 70 Prozent der Mitglieder der Berliner SA waren denn auch jünger als 26 Jahre und fast 90 Prozent unter 30. „Ihre Führer“, hält ein Kenner fest, „waren ebenfalls sehr jung; ein Großteil von ihnen war zu jung, um Militärdienst geleistet zu haben.“

Das Heer der Braunhemden setzte sich in Bewegung, ein noch nie dagewesener Feldzug voll politischer Aggressivität begann, angetrieben von den rabiaten Kampfsprüchen der NS-Führung. Gregor Straßer: „Wir treiben Katastrophenpolitik, weil nur die Katastrophe, das ist der Zusammenbruch des liberalen Sy-

stems, die Bahn freimacht für jenen neuen Aufbau, den wir ‚Nationalsozialismus‘ nennen.“

Eine Welle wüster Drohungen gegen Republik und Demokratie lief den Marschsäulen der SA voran, jede Order hieß die Braunhemden-Armee, dem Staat brutalsten Kampf anzusagen. Karl O. Paetel, nach der Hitler-Ära ein vielzitatierter Deuter des Nationalsozialismus, gab in den „Nationalsozialistischen Briefen“ die Parole aus: „Keinen Mann diesem System, wenn es Schwierigkeiten hat! Jede Schwächung des Systems ist eine Chance für uns!“

Keine Gelegenheit zur Anrempelung republikanischer Politiker wurde ausgelassen, immer wieder drohten die Nazis ihren Gegnern mit Gewalt. „In steigendem Maße“, hielt das Reichsin-

sich erst vage ankündigte. Die Nationalsozialisten beuteten die politisch-psychologischen Defizite der Republik für sich aus; wo das unpersönlich-bürokratische Getriebe der Parteien und Parlamente die Menschen abstieß, da setzten die Nazis Führertum und Gefolgschaftserlebnis dagegen.

Typisch dafür war der Zulauf, den die NSDAP unter Studenten und Schülern fand. Schon im Wintersemester 1929/30 stimmte bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen an den Universitäten mehr als ein Drittel für NS-Kandidaten, im Sommer 1930 war es bereits die Hälfte – und das in einer Zeit, in der die NSDAP bei allgemeinen Wahlen knapp auf zehn Prozent kam.

Die Agitatoren von HJ, Schülerbund und Studentenbund hatten gut vorgear-



NS-Linke Gregor Straßer (2. v. l.), Goebbels 1926: „Den Bourgeois Hitler ausschließen“

sterium 1929 in einem Bericht fest, „haben sich die fanatisierten Anhänger der NSDAP terroristischer und brutaler Kampfmittel bedient. Die Erweckung der überaus rohen, ja verbrecherischen Instinkte ließ die Nationalsozialisten in reicher Fülle Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen, leichte und schwere Körperverletzungen und solche mit tödlichem Ausgange begehen.“

Aus einem Polizeibericht: „C. hat am 5. 9. 30 den Kommunisten Johann Clasen erschossen ... hat W. aus einem Trommelrevolver einen scharfen Schuß abgegeben ... mit einem dolchartigen Messer schwer verletzt ... aus einer Pistole geschossen ... trug eine Stahlrute bei sich ...“

Ihre ersten propagandistischen Erfolge enthüllten, daß die NSDAP mehr war als ein Parasit der Wirtschaftskrise, die

beitet, das NS-Jugendblatt „Der Aufbruch“ die Losung ausgegeben: „Verdoppelt eure Kräfte im Kampfe um einen deutschen Staat! Sorge ein jeder in seiner Klasse, daß kein anständiger deutscher Junge mehr diesem brutalen Sklavensystem, genannt ‚freieste Demokratie aller Zeiten!‘, innerlich noch huldigt!“

Die eben rekrutierten Jungnazis boykottierten den Unterricht republiktreuer Lehrer, sie überfielen andersgläubige Mitschüler, sie zerstörten Klassenräume. Wo aber die Schulbehörden der Republik einzugreifen versuchten, da tönte ihnen höhnisches Gelächter entgegen: „Wir glauben euch nichts, nichts, nichts“ – so ein Schüler im „Aufbruch“.

An den Universitäten gebärdeten sie sich noch aggressiver. Aus einer Nachrichtenzusammenstellung des Reichsin-

nenministeriums: Kultusminister Becker beim Besuch der Marburger Universität „gröblich beschimpft“, in Köln eine NS-Hochschulgruppe wegen Störung der Reichsgründungsfeier verboten, in Heidelberg, Gießen und München Sprengungen von Veranstaltungen durch Nazis, Ausschreitungen rechtsradikaler Studenten an der Berliner Universität.

Entsetzt beobachteten die amtlichen Schützer der Republik, wie immer mehr Jugendliche ins braune Lager abwanderten – so zahlreich, daß die NSDAP zusehends die Züge einer Jugendbewegung annahm. „Die NSDAP“, urteilte im Frühjahr 1930 Regierungsrat Bach, der Radikalismus-Beobachter des hessischen Innenministeriums, „ist vor allem die Partei der Jugend. So erklärt es sich, daß die Mehrzahl der Anhänger der NSDAP nicht über 30 Jahre alt ist.“

Aber auch die mit ihren traditionellen Parteien unzufriedenen Arbeiter waren von der Dynamik der Nazis beeindruckt. Mancher Proletarier wurde unsicher und ging zu den Braunen, wußten doch vor allem die proletarischen Mitglieder der SA ihre Klassengenossen geschickt anzusprechen. Folge: der für eine nichtmarxistische Partei verblüffend hohe Arbeiteranteil an der Mitgliedschaft der NSDAP (1930 bereits 26,3 Prozent).

Schon im Sommer 1930 erkannte der linke Sozialdemokrat Carlo Mierendorff, daß gewisse Gruppen der Arbeiterschaft „hitlerreif“ seien, und auf einer Tagung hessischer Jungsozialisten erklärte damals ein Redner, „weitere Schichten der Arbeiterschaft“ stünden „heute in einem starken Sympathieverhältnis zu den Nationalsozialisten“.

Die Nazis konnten sich sogar des Beifalls der Kommunisten sicher sein, wenn sie gegen die „bürgerliche“ SPD polemisierten und nichts dabei fanden, die marxistischen Parteien noch links zu überholen. „Das haben die Schurken von der SPD aus dem deutschen Proleten gemacht: Aus ihm, der einmal das Geschick der Welt in den Händen hielt“, erregte sich einmal Otto Straßers „Der Nationale Sozialist“.

Die Hofierung des Proletariats schloß nicht aus, daß die NSDAP zugleich mit ihrer antikapitalistischen Rhetorik die

weitgehende Sympathie der organisierten Angestellten gewann, die gerade einen Zweifronten-Krieg gegen „oben“ und „unten“, gegen Unternehmerwillkür und Eingliederung in die Arbeiterschaft („Verproletarisierung“) führten. Die Nazis als Erben der liberalen Kapitalismuskritik – auch das gab es.

Ab 1928/29 wandten sich die beiden bürgerlichen Angestelltengewerkschaften immer mehr dem Nationalsozialismus zu, in dem sie einen Bundesgenossen im Kampf gegen statuszerstörende Verproletarisierung und Rationalisierung sahen. Das hatte vor allem verhängnisvolle Folgen für die liberalen Partei-



SA-Chef Pfeffer von Salomon
Permanenter Wahlkampf mit Mitteln des Terrors

en, die bis dahin in dieser Angestellten-schaft ihr zuverlässigstes Wählerreservoir gehabt hatten.

So vielgesichtige Politik gab der NS-Bewegung eine Suggestivkraft, die andere Parteien nicht besaßen. Nur das konservative Bürgertum entzog sich noch den Nazis – Grund genug für Hitler, eine deutliche Kurskorrektur vorzunehmen.

Ihn dünkte es selbstmörderisch, mit sozialistischen Parolen das Bürgertum zu erschrecken und davon abzuhalten, für die NSDAP zu stimmen, und ohne dieses Votum, davon war Hitler überzeugt, würde er nie an die Macht kommen. Konsequenz: Er mußte auch für das „nationale“ Bürgertum wählbar werden, mußte sich arrangieren mit den alten bürgerlich-kapitalistischen Machteliten.

Er hatte schon einen begeisterten Pfadfinder gefunden, der ihm den Weg nach rechts ebnen wollte. Der Geheimrat Emil Kirdorf, Mitbegründer der Gelsenkirchener Bergwerks-AG und Anhänger eines ruppigen Herr-im-Haus-Standpunkts, hatte die fixe Idee gefaßt, Hitler müsse Führer einer großen konservativen Massenpartei werden. Er bat Hitler im Juli 1927, ihm doch einmal aufzuschreiben, wie er zu wirtschaftlichen Fragen stehe.

Hitler lieferte kurz darauf eine kleine Broschüre ab, die den Titel „Der Weg zum Wiederaufstieg“ trug. Was Kirdorf darin las, mußte ihn höchlichst befriedigen. Hitler legte dar, daß vom Nationalsozialismus keine Änderung der Wirtschaftsverfassung zu befürchten sei; die wirtschaftlichen Probleme könnten allein durch einen radikalen Umbau der politischen Ordnung gelöst werden.

Hitlers Schrift tat ihre Wirkung: Die westdeutschen Schwerindustriellen wurden auf den offenbar unternehmerfreundlichen Hitler aufmerksam. Sowie auch die Schwerindustriellen (ausgenommen Fritz Thyssen) Lust hatten, Hitler zu unterstützen, so schien es ihnen doch unbedenklich, ihn an einen Mann weiterzuempfehlen, der einmal als ihr politischer Hauptsprecher gegolten hatte: Alfred Hugenberg.

Hitler fand zwar den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei ziemlich widerwärtig, dennoch bot er allen Charme auf, um sich den kratzbürstigen Geheimrat günstig zu stimmen. Denn Hugenberg besaß, was Hitler und seine Partei nicht hatten: eine Presse, die bis in die letzte Ecke Deutschlands reichte.

Von diesem Presse-Imperium zu profitieren, war Hitler aller Mühe wert. Trotz einiger Bedenken sagte ihm Hugenberg eine wohlwollendere Behandlung der NSDAP durch seine Presse zu – unter Bedingungen.

Welche das waren, bekamen die engen Mitarbeiter Hitlers rasch zu spüren. Ein paar Monate später, Ende 1928, erließ Hitler neue Richtlinien für die Propagandaarbeit der Partei: keine Angriffe mehr auf konservative Wehrverbände, statt dessen aktiver Kampf gegen Marxismus, Judentum und Internationalismus. Das war deutlich genug: Der große Rechtsschwenk der NSDAP hatte begonnen.

Wer das noch nicht verstanden hatte, begriff es im Sommer 1929. Hitler und Hugenberg bildeten gemeinsam den „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Kriegsschuldfrage“, dem alle antirepublikanisch-autoritären Rechtsparteien beitraten. Endlich konnte sich Hitler der Hugenberg-Presse als eines Transmissionsriemens seiner Botschaft bedienen.

Keine einzelne Aktion vor der Reichstagswahl von 1930 hat Hitler und seine Partei den Massen des mittelständischen Bürgertums so bekannt gemacht wie die-



Demonstration der Hitler-Jugend in Berlin 1930: „Wir treiben Katastrophenpolitik, denn nur der Zusammenbruch ...“

se chauvinistische Kampagne gegen den Young-Plan, die noch einmal all die Gefühle von Angst, Ohnmacht und Wut aufpeitschte, die für fast alle Deutsche mit dem Begriffspaar „Versailles“ und „Reparationen“ verbunden waren.

Zum erstenmal war die „Nationale Opposition“ beisammen, die Hitler im Januar 1933 an die Macht bringen sollte. Und Hitler hatte, auch erstmalig, sein taktisches Konzept erprobt, mit dem er von nun an vor die Wähler treten wollte: konservativ und zugleich reformerisch zu sein, für Veränderung und Kontinuität, antikapitalistisch und doch gegen Verproletarisierung – raffinierte Antwort auf die restaurativen und revolutionären Wunschvorstellungen so vieler autoritätsgläubiger Deutscher.

Nun merkte auch Otto Straßer, wohin die Reise ging. Er rüstete sich zum offenen Kampf gegen Hitler: Von Stund an ließen seine Blätter keinen Zweifel mehr daran, daß die Münchner Parteileitung Verrat am Sozialismus übe. Doch noch ehe dieser Straßer gefährlich werden konnte, trat ihm Hitler entgegen.

Am 21. Mai 1930 erschien er überraschend in Berlin und zog Straßer in einen siebenstündigen Disput über Fragen des Sozialismus. Straßer ließ sich nicht einschüchtern. Hitzig warf er Hitler vor, er versuche, den revolutionären Sozialismus der Partei im Interesse seiner neuen Verbindungen zur bürgerlichen Reaktion abzudrosseln. Darauf Hitler: „Ich bin Sozialist, ich habe als einfacher Arbeiter angefangen. Aber was Sie unter Sozialismus verstehen, das ist einfach krasser Marxismus.“

Ob denn im Fall einer Machtübernahme der NSDAP die Produktionsverhältnisse unverändert bleiben würden, wollte Straßer wissen. Hitler erregte sich:

Rote Front
Falsche Front

Jungarbeiter- Lehrlinge

Hinein in die Hitler-Jugend

**Nur wir kämpfen
den wahren Kampf
für Freiheit und Brot.**

**Hitler - Jugend
Gruppe Beußelkietz**

Anmeldungen: S.-A-Lokal, Huttenstr.23

Verantwortlich: G. Mondt.

NS-Handzettel 1931
... macht den Weg frei“

„Aber selbstverständlich! Glauben Sie denn, ich bin so wahnsinnig, die Wirtschaft zu zerstören?“

Otto Straßer entschloß sich, Hitler nicht länger zu folgen. Er benutzte Wochen später einen Streit zwischen Goebbels und Kampfverlag-Redakteuren dazu, das Handtuch zu werfen – unter der berühmten, aber auch unzutreffenden Schlagzeile: „Die Sozialisten verlassen die Partei“.

Sie blieben, nur Otto Straßer und einige Freunde gingen. Gregor Straßer hat damals die „Meuterei“ seines Bruders für eine gefährliche Dummheit gehalten, und die Historiker haben ihm inzwischen recht gegeben.

Die spätere Entwicklung der NSDAP, so urteilt der Straßer-Biograph Udo Kissenkoetter, wäre „vermutlich anders verlaufen, wenn die Gruppe um Otto Straßer 1930 den Bruch vermieden, das Propagandamittel des Kampfverlages erhalten und durch Übernahme weiterer Parteiposten noch zusätzliche Machtpositionen erworben hätte“. Man darf hinzufügen: Hitler wäre dann möglicherweise Deutschland erspart geblieben.

Denn dies hatte Gregor Straßer schon im Sommer 1930 erkannt: Hitlers Stellung in der Partei war noch gar nicht stark genug, um die NS-Sozialisten auszuschalten. Im Gegenteil, er brauchte sie gerade damals mehr denn je, stand doch der NSDAP der größte, ja der entscheidende Wahlkampf ihrer Geschichte bevor.

Der Kanzler Brüning hatte in seiner Bedrängnis den Fehler begangen, in dieser Zeit schlimmster Not Reichstagswahlen anzusetzen, und Hitler war entschlossen, mit allen verfügbaren Kräften den Kampf um den Wähler zu gewinnen – mit sozialistischer Demagogie, mit nationalistischem Fanatismus, mit der Aufputschung aller Masseninstinkte.

Es gab keinen Krankheitsherd der Gesellschaft, der in diesem Wahlkampf von den Nazis ausgenutzt blieb, keine Sozialgruppe, die nicht zum Votum gegen den „Hungerkanzler“ Brüning aufgerufen wurde. Die Dampfwalze der braunen Propaganda lief und lief, und jede neue Nachricht von der „Front“, jeder Bericht über Wahlkundgebungen

und Bürgerbefragungen bestätigte, daß die NSDAP einem riesigen Sieg entgegenmarschierte.

In Berlin war man schon auf das Schlimmste gefaßt, und doch brach eine Panik aus, als der Rundfunk am frühen Morgen des 15. September gegen 2.30 Uhr die Endresultate der Reichstagswahl des Vortages bekanntgab.

Die Nationalsozialisten hatten „einen in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands noch nie erlebten Erd-rutsch“ (so der Historiker Alfred Milatz) erzielt, die NSDAP war mit einem einzigen Sprung zur zweitstärksten Partei geworden: 107 Reichstagsmandate hatte sie errungen, 6,3 Millionen Wähler hatten für sie gestimmt. Mitte und gemäßigte Rechte waren zum größten Teil zer-

rückschauenden Politologen Kurt Sont-heimer scheint es sicher, daß damals selbst die standhaftesten Republikaner den NS-Erfolg „fast als schicksalhaft hin-nahmen, als sei gegen diesen Ansturm alle Verteidigung zwecklos“.

Der „Weltbühne“-Publizist Axel Eggebrecht, ein linker Sozialdemokrat, brachte es auf die Formel: „Es ist vorbei. Man legt die Hände in den Schoß und wartet auf Hitler.“

Heute ist es leicht, über die entnervten Demokraten von 1930 zu richten, damals aber litten sie alle an dem Schock, der ihnen widerfahren war. Denn das hatte es in der Geschichte noch nicht gegeben: eine staatsfeindliche, antidemokratische Massenpartei, die mit dem Stimmzettel an die Macht drängt.

Das ist noch heute so verwirrend, daß die Wahlforscher mit recht dunklen Erklärungsformeln („Extremismus der Mitte“) das Rätsel zu entschlüsseln versuchen. Ganz unzulänglich ist jedoch der Versuch, die Wahlerfolge der NSDAP als einen Aufstand des Kleinbürgertums gegen Moderne und Aufklärung zu deuten. Denn: Was ist Kleinbürgertum? Meist nichts als eine Verlegenheitsformel der Interpreten, die nicht differenzieren können.

„Kleinbürgertum“, spottet der Historiker Klaus Hildebrand, „ist ein ganz schlechter Begriff, den man immer dann verwendet, wenn man etwas anderes meint als sich selbst.“ Das Kleinbürgertum ist keine konkret faßbare Sozialgruppe, wohl aber eine Mentalität, eine Geisteshaltung, die allerdings in allen Parteien vertreten war. Was wäre die SPD gewesen ohne ihr starkes „kleinbürgerliches“ Element?

Wenn der Nationalsozialismus ein Aufstand war, so einer der Jugend gegen die Alten, der verdrossenen, autoritätssüchtigen Bürger gegen Arroganz und Unfähigkeit der herkömmlichen Parteien, ein diffuser Ausbruch derer, die durch Revolutionsangst und Massenverleumdung verunsichert waren.

Wer 1930 für die NSDAP stimmte, gab nicht sein Votum für Judenhaß und Lebensraumimperialismus ab, Themen, die in den Wahlkämpfen kaum eine Rolle spielten. Er wählte einfach eine Kraft der Veränderung,

er setzte seine Hoffnung auf eine Partei, die anders war als ihre Konkurrenten.

Die Wähler stimmten für einen Nationalsozialismus, der so vielgesichtig war, daß er sich noch ein halbes Jahrhundert später kaum auf einen einfachen Nenner bringen läßt. Es gab nicht einen Nationalsozialismus, sondern mehrere Nationalsozialismen – so viele, wie es profilierte Unterführer in der NSDAP gab. „Was ihn letztlich einte“, so der Sozialforscher David Schoenbaum, „war nicht ein Mandat für Krieg und Auschwitz, sondern das allseitige Verlangen nach einer Änderung der bestehenden Verhältnisse.“

Im nächsten Heft

Der Eklat des 13. August 1932: Hindenburg verweigert Hitler die Kanzlerschaft



Hitler, Reichstagsfraktion der NSDAP 1930*: „Gegen diesen Ansturm alle Verteidigung zwecklos“?

schlagen. Kein Zweifel: In diesem Parlament würde der Kanzler Brüning nie eine dauerhafte Mehrheit finden.

Der Diplomat und Literat Harry Graf Kessler schrieb in sein Tagebuch: „Ein schwarzer Tag für Deutschland.“ In der Reichstagsfraktion der SPD, so erinnert sich ein Zeuge, schlug das Wahlresultat „wie eine Bombe“ ein, und Brüning gar war so erschüttert, daß er die Wahlmeldungen im Radio nicht mehr zu Ende hören mochte.

Die meisten führenden Republikaner glaubten nicht mehr an die Rettung und Erhaltung ihres Staates. Die Elite der Republik zeigte Symptome eines geistigen Zusammenbruchs: Linke Journalisten flüchteten sich in die Arme der Reichswehr, Bayerns Regierung zweifelte daran, „daß man in Norddeutschland noch die erforderliche Widerstandskraft gegen Hitler aufbringt“, und auch dem

Die Bolschewiki, die 1917 in Rußland die Herrschaft an sich gerissen hatten, waren eine kleine Minderheit von Berufsrevolutionären gewesen, die italienischen Faschisten hatten 1922 mit ihrem Marsch auf Rom die Macht ergriffen. Hier aber war eine durch Wahlen legitimierte Partei, die 18,3 Prozent aller Wähler hinter sich hatte.

Und auch dies war für Demokraten schwer zu verarbeiten: Nicht die traditionell antidemokratischen Wählerschichten hatten für die Nazis gestimmt, sondern die Träger der liberalen Parteien und der gemäßigten Rechten. Unterer Mittelstand, Bauern, Angestellte – sie hatten neben Jungwählern und Arbeitern (jeder dritte NS-Wähler stammte aus der Arbeiterschaft) der NSDAP den großen Erfolg gesichert.

* Links neben Hitler: Gregor Straßer.